

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **19. Dezember 2017** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.15** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Tobias Zorn (V)
Brigitte Schmider (V)

Schrifführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Rechnungsamtsleiter Axel Grether**
Bauamtsleiterin Patricia Arnold

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **08.12.2017** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **14.12.2017** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung und nach Begrüßung der Anwesenden, gibt der Vorsitzende eine persönliche Erklärung ab. Seine Amtsvorgänger haben in ihrer ersten öffentlichen Sitzung immer eine ausführliche Antrittsrede gehalten. Dies wolle er heute etwas kürzer fassen. Er bedankt sich bei Ortschaftsrat nochmals für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, aber auch für die Zusage, ihn nach Kräften zu unterstützen. Die Aufgaben und Herausforderungen, die vor ihnen liegen, seien besprochen und definiert – so gehe man sie also gemeinsam an, zum Wohle von Neureut.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Kindertagesstätten in Neureut
hier: Sachstandsbericht
mündlicher Vortrag**

Einführend in die Thematik „Kindertagesstätten in Neureut“ gibt der Vorsitzende bekannt, er habe gestern Abend die Nachricht bekommen, dass Mirja Kinnunen, Jugendhilfeplanerin der Sozial- und Jugendbehörde und Referentin zum Thema Kindertagesstätten in Neureut, erkrankt sei und es kurzfristig keine Vertretung oder Ersatz für sie gebe. Nun habe die Ortsverwaltung die Thematik selbst vorbereitet und er wolle diese auch vorstellen. Details hierzu werden von Mirja Kinnunen in einer der nächsten Sitzungen geliefert.

Anhand einer Präsentation zeigt der Vorsitzende auf einer Karte die gleichmäßig in Neureut verteilten Einrichtungen mit einem „unheimlich breitgefächerten Angebot“ auf. Außerdem stellt er an ausgewählten Beispielen vor, was sich in den vergangenen 5 Jahren im Bereich der Angebotsformen bzw. des räumlichen Ausbaus getan habe. Bei seiner Übersicht listet er die 13 Kindertageseinrichtungen mit insgesamt 48 Gruppen auf, die von neun Trägern zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind rund 200 Plätze für unter Dreijährige (U 3) sowie ca. 600 für über drei Jahre (Ü 3) als Kapazität vorhanden.

Für die U 3 – Gruppe stehen 74 % Ganztagsplätze, 21% Halbtagsplätze sowie 5 % mit Verlängerten Öffnungszeiten bereit, während bei den Ü 3 47 % Ganztagsplätze - sowie 50 % Verlängerte Öffnungszeiten und 3 % in Regelgruppen angeboten werden.

Der Vorsitzende führt anschließend noch detailliert die Angebotsformen auf, die in den Neureuter Kindertageseinrichtungen für Vorschulkinder existieren.

Bei der Vorstellung erfahren die Politikerinnen und Politiker unter anderem auch, dass sich die ev. Kirchengemeinde Neureut Nord hinsichtlich einer weiteren Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Schülerhortes „Spatzennest“ im Findungsprozess sei. Dazu fanden Gespräche mit der Diakonie, Fachberatung Kindergärten und mit dem VSA Verwaltungs- und Serviceamt Bretten statt. Konzepte wurden angedacht. Eine Plausibilitätsprüfung und Machbarkeitsstudie soll kommen. 2018 ist ein Gespräch und Begehung mit KITA-Planerin der städtischen Sozial- und Jugendbehörde vorgesehen.

Bei den „Kirchfeldmäusen“, der Kita des Internationalen Bundes in Kirchfeld, sind seit September 2017 im neuen Anbau 20 Krippenplätze dazugekommen.

Anfang 2018 sollen für die Kita Oberfeld noch Abstimmungsgespräche mit dem Bauordnungsamt stattfinden – momentan sind hier Container als Übergangslösung im Einsatz.

Voraussichtlich im März 2018 wird beim katholischen Kindergarten Judas Thaddäus der Innenhofausbau mit einem Bistro mit Frühstücksangebot für Kinder und Mittagessen für Ganztageskinder fertiggestellt sein.

Zudem folgen noch Ausführungen zum einheitlichen Anmelde- und Aufnahmeverfahren in Karlsruher Kindertageseinrichtungen. Demnach werden die Plätze für das Kindergartenjahr 2018/19 (Beginn 1. September 2018) über ein festes Vergabeverfahren von den Einrichtungen angeboten und vergeben.

Die **Anmeldefrist** für das Kindergartenjahr 2018/19 ist bis **15. Februar 2018** (Gesetzliche Vorgabe 6 Monate). Vom 16. Februar bis 1. März 2018 erfolgt die Platzvergabe durch die Kindertagesstätten. Wer kein Platzangebot bekommen hat, bleibt auf der Warteliste der Kita und kann weiterhin berücksichtigt werden. Plätze, die nach Abschluss des Hauptvergabeverfahrens noch nicht belegt sind, werden weiter über das System angeboten.

Das von der Stadt zur Verfügung gestellte Kita-Portal informiere schnell und unbürokratisch über die im Stadtkreis Karlsruhe existierenden Kindertageseinrichtungen, ihre Betreuungskonzepte und ihre Angebotsformen. Es ermöglicht den Nutzenden die Suche nach einem geeigneten Betreuungsangebot für sein Kind. Das Kita-Portal erlaubt die Änderung der persönlichen Daten ganz bequem von zu Hause aus.

Das Kita-Portal bietet die Möglichkeit einer online-Platzanfrage in einer oder mehreren Einrichtungen, eine aktuelle Übersicht über den Status der Platzanfragen sowie die Kontaktdaten und Ansprechpersonen der Einrichtungen.

Eine wichtige Adresse rund um das Thema Kindertageseinrichtungen mit Informationen beispielsweise zu Angebotsformen, Anmeldeverfahren oder auch Zuschuss zum Elternbeitrag, legt der Vorsitzende allen Eltern und Interessierten an Herz:

www.karlsruhe.de/b3/soziales/einrichtungen/kindertagesstaetten.de

Zusätzlich liefert der Vorsitzende Erklärungen zum städtischen Prognosebericht, der auch der Grund sei, weshalb die Thematik in dieser Ortschaftsratssitzung behandelt werde.

Zur Ausgangslage für den Prognosebericht erklärt der Vorsitzende, im Juli 2017 wurde dem Jugendhilfeausschuss der Bericht zur „aktuellen Bedarfssituation in Karlsruher Kindertageseinrichtungen“ vorgestellt. Aus diesem ging hervor, dass ein erheblicher Ausbaubedarf an Plätzen in der Kindertagesbetreuung für Vorschulkinder bestehe.

Nunmehr liege der Prognosebericht „Kita-Ausbau 2017 - 2027“ vor, in dem Perspektiven zur Umsetzung neuer Kitaplätze in den nächsten 10 Jahren dargestellt werden. Darin wurden die 27 Stadtteile zusammengefasst. Damit werde eine neue, sozialräumlich orientierte Planungsperspektive eingenommen, denn die bisherige, stadtteilbezogene Betrachtungsweise erscheine nicht mehr zeitgemäß.

Unter anderem geben die Auswertungen der Wanderungsbewegungen der Familien von ihrem Wohnort zur Kindertageseinrichtung Hinweise darauf, dass Kinder oftmals nicht die nächstgelegene Kita besuchen.

Ausgehend von der aktuellen Sachlage in Bezug auf die Kindertagesbetreuung wird im Bericht unter Berücksichtigung der Bevölkerungsprognosen für Kinder im Alter von 0 bis 6,5 Jahren aufgezeigt, welche weiteren Ausbaubedarfe in den Planungsgebieten bestehen.

Perspektivisch sollen bis zum Jahr 2027 mindestens 1000 neue Kitaplätze geschaffen werden, nach Möglichkeit 2000 Plätze. Vor allem angesichts eines angespannten Immobilienmarktes und begrenzter Refinanzierungsmöglichkeiten für Investoren und Kitaträger wird zunächst ein verhaltenes Ausbauziel von 1000 neuen

Plätzen anvisiert. Es ist geplant, nach fünf Jahren eine Zwischenbilanz des Kita-Ausbaus zu ziehen, um dann das weitere Vorgehen zu planen. Sollten sich die freien Kita-Träger nicht in ausreichendem Maß am weiteren Kita-Ausbau beteiligen, müssen Kita-Projekte in städtischer Trägerschaft abgestoßen werden, um der gesetzlichen Pflichtaufgabe zur Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes für Kinder im Vorschulalter gerecht zu werden. Der Kita-Ausbau der kommenden Jahre wird die Stadt Karlsruhe und deren Kooperationspartner aus dem Kita-Bereich vor große Herausforderungen stellen. Die Jugendhilfeplanung hat dafür zu sorgen, dass konzentrierte Anstrengungen seitens der einschlägigen städtische Behörden einerseits und freien Kita-Trägern und Investoren andererseits zum gemeinsamen Ziel führen.

Im **Planungsgebiet Nord**, zu dem Neureut, Nordweststadt, Knielingen sowie die Nordstadt zählt, leben ca. 2800 Kinder im Vorschulalter. Was die Versorgungslage mit Kita-Plätzen betrifft, belegt dieses Planungsgebiet für die Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt Platz 1, bei den unter Dreijährigen Platz 3. Was die Prognose der Kinderzahlen anbelangt, ist diese mit knapp 20 % plus im verhaltenen Szenario beziehungsweise gut 22 % plus im dynamischen Szenario am höchsten unter den sechs Planungsgebieten.

Demnach verfügt Neureut bei den vorhandenen Platzkapazitäten (Stand 01.03.17) bei U 3 über 204, bei den Ü 3 über 562, die Kinderzahlen betragen (Stand 30.06.16) bei U 3 515 und bei Ü 3 586. Damit hat Neureut bei insgesamt 1 101 Kindern eine Platzkapazität von 766 zur Verfügung, was einer Versorgungsquote bei den unter Dreijährigen von 40 % und bei den über drei Jahre alten Mädchen und Jungen von 96 % entspricht.

Insgesamt gibt es im Planungsgebiet Nord eine durchschnittliche Versorgungsquote von 38 % bei den U 3 sowie bei den Ü 3 von 105 %.

Zu den Neureuter Zahlen urteilt der Vorsitzende, es sei eine sehr gute Versorgungsquote, die zum jetzigen Stand zufriedenstellend sei.

Erinnernd an den Rahmenplan für Neureut und die sich hieraus ergebende Wohnbebauung, mahnt der Vorsitzende jedoch an, ein Wohngebiet für ca. 2.500 Menschen erfordere unbedingt die Berücksichtigung von Kindertagesstätteneinrichtungen sowie ein Schulraumangebot für Grundschüler.

Die Aufgabe von Ortschaftsrat und Ortsverwaltung sei, bereits beim Wettbewerb zum Rahmenplan Zentrum III nicht die gleichen Fehler wie bei Kirchfeld Nord zu wiederholen, sondern die erforderlichen Einrichtungen bereits in eine vorausschauende Planung aufzunehmen und schon bei den Bebauungsplänen zu berücksichtigen.

Hierzu werde Jugendplanerin Mirja Kinnunen bei einer der kommenden Sitzungen ebenfalls Details liefern

CDU-Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht analysiert die vorgestellten Zahlen als im ersten Moment ganz schön für Neureut. Sein Dank geht an alle Kindergartenträger, er stellt hierbei die kirchlichen in den Vordergrund, die den größten Teil an Kindergartenplätzen in Neureut zur Verfügung stellen. Die Träger haben sich in den vergangenen Jahren unheimlich weiterentwickelt, was die Plätze für Kinder U 3 angehe, sagte er auch im Hinblick auf die Angebotsformen, und viel Geld, auch mit städtischen Zuschüssen, in neue Räumlichkeiten investiert – dies sei sehr erfreulich, so Lamprecht.

Die Zusammenarbeit mit der städtischen Sozial- und Jugendbehörde sei sehr gut, während es mit dem Bauordnungsamt anders aussehe. Hier gestalte sich die Zusammenarbeit als äußerst schwierig, meint er beispielsweise im Hinblick auf die zu erteilenden Baugenehmigungen bei neuen Räumlichkeiten für die Kindertagesstätten. Die Träger müssten unterstützt werden, fordert er.

Auch mahnt er an, aus der Situation in Kirchfeld Nord zu lernen, so müsse man frühzeitig bei Neubaugebieten für genügend Kinderbetreuung und Schulräumlichkeiten sorgen. Man müsse die Entwicklung im Auge behalten und vorantreiben.

Ortschaftsrätin Irene Moser bekennt, man sei bereits im Sommer sehr erstaunt gewesen, als sie im Jugendhilfeausschuss erfahren habe, dass in 10 Jahren 1000 neue Kitaplätze und mehr geschaffen werden müssen – dies sei ein anspruchsvolles Szenario. Dazu gebe es zwei Seiten: Karlsruhe wachse, aber wo sollen Kitaplätze entstehen? In der Innenstadt sei kaum Platz vorhanden, in Neureut haben die Träger in den letzten Jahren die Kitas soweit ausgebaut, dass wenig Chance bestehe, die prognostizierten Kinderzahlen unterzubekommen. Hierfür seien alle gefordert, vor allem die Stadt und nicht nur die freien Träger.

Zudem fordert sie auf, das Schulraumangebot nicht zu vergessen – dies werde noch eine große Herausforderung darstellen. Hier müsse man als Kommune darauf

achten. Auch sie führt das Beispiel in Kirchfeld an. Man dürfe nicht nur die Bebauung von Zentrum III sehen, sondern auch die weiteren Prüfkulissen, dann würden noch mehr Plätze gebraucht – sagt sie im Hinblick auf Plätze in Kitas und Schulen.

Ortschaftsrat Ole Reher bedankt sich, wie alle Redenden, für den ersten Vortrag des neuen Ortsvorstehers und dafür, dass der Tagesordnungspunkt nicht weggefallen sei.

Es sei nun Nachwuchsarbeit für die Neureuter Bevölkerung, die man leisten dürfe. Dies stelle einen sehr wichtiger Punkt dar. Im Hinblick auf die von seiner Vorrednerin angesprochene Schulraumsituation, meint er, dies könne gerade für die Nordschule eine große Chance sein – denn hier sehe es mit der Belegung etwas dünn aus. Wünschenswert sei, wenn Zentrum III komme, dass sich dies ändere.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt urteilt, der Bedarf von 1000 Plätzen in den nächsten 10 Jahren sei mit 100 - 200 Kitaplätzen pro Jahr zu decken. In Neureut habe man gute Chancen, diese erreichen zu können. Wenn es gelinge, für Zentrum III von Beginn an eine Kita in die Rahmenplanung mit hineinzubringen, - was bereits aus den Reihen des Ortschaftsrates an Stadtplanerin Heike Dederer mit auf den Weg gegeben wurde -, könne sie grundsätzlich positiv in die Zukunft blicken, meinte sie bezüglich des zu erreichenden Platzangebotes. Wir können dies mit unseren Voraussetzungen ganz gut stemmen, betont sie abschließend.

Ortschaftsrat Harald Denecken bringt noch die Thematik „Personal“ mit ins Spiel, denn zu jeder Kita und Gruppe gehören Erzieherinnen und Erzieher. Es gebe große Probleme, Personal für Kitas zu bekommen und man solle deshalb nicht nur Räumlichkeiten diskutieren. Wenn Möglichkeit bestehe, eine Wohnung nahe am Arbeitsplatz zu bekommen, sei dies für das Personal sehr wünschenswert, meinte er hinsichtlich des Personalbedarfs bei den Kitas.

Dies bedeute ein großes Defizit, worauf der Ortschaftsrat achten müsse – es sollten nicht nur Zahlen gesehen werden sondern auch die Menschen.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 der T.O.: Antrag der SPD-, Bündnis 90/Die Grünen-Ortschaftsratsfraktionen sowie Herrn Ortschaftsrat Bluck vom 08.12.2017 zur Abgabe einer gemeinsamen Stellungnahme

hier: Der Ortschaftsrat Neureut befürwortet die Entscheidung des Gemeinderates und des Oberbürgermeisters der Stadt Karlsruhe, Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 15.09.2017 bezüglich einer weiteren Rheinbrücke einzulegen.

schriftliche Vorlage Nr. 59/2017

Für die antragstellende **SPD** erläutert **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** zum Wunsch nach einer gemeinsamen Stellungnahme, man habe zusammen das Bedürfnis gehabt, zur Klage und der gesamten Fragestellung ein Votum aus Neureut abzugeben, weil die jetzige Planfeststellung dazu führen werde, über einen Anschluss an die B 36, erheblichen Mehrverkehr nach Neureut zu bekommen. Dazu gebe es Verkehrsuntersuchungen. Es sei jedoch egal, wo der Verkehr letztlich umgeleitet und hingeführt werde, er komme erst auf Neureuter Gemarkung und dies könne aus Neureuter Sicht nicht gewünscht sein. Deswegen sollte im Rahmen dieser Klage alles versucht werden, die Argumente für oder gegen die neue Rheinbrücke genau zu untersuchen und alles, was in der Abwägung noch nicht berücksichtigt sei, im Rahmen des Klageverfahrens zu berücksichtigen. Man wünsche sich, dass dann diese vielleicht auch Eingang in die Prüfung finden.

Bemerkenswert sei auch, dass die Brücke im nächsten Jahr generalsaniert werde mit einer erheblichen Verlängerung der Lebenszeit und einer größeren Leistungsfähigkeit, was den Verkehrsfluss auf der Brücke auf jeden Fall stärken und steigern werde. Dieser Aspekt sei bei der Abwägung im Planfeststellungsbeschluss überhaupt nicht berücksichtigt worden – dies stelle aus ihrer Sicht ein wichtiges Abwägungsdefizit dar.

Auch die Grünen seien froh, betont Vorsitzende **Dr. Stephanie Hugenschmidt** für die ebenfalls antragstellende **Grünen-Fraktion**, dass die Stadt mit großer Mehrheit einer Klageerhebung zugestimmt habe. Es sei wichtig, deshalb auch aus Neureut ein möglichst starkes Zeichen zu setzen, weil Neureut je nachdem in ein Desaster hineinlaufe. Die weitere Rheinbrücke sei aus Sicht der Grünen im Grunde eine Fehlplanung, die auf veralteten, fast 30 Jahre alten Verkehrsprognosen basiere, die heute einfach nicht mehr stimmen. Nach heutigen Verkehrsprognosen würde diese Rheinbrücke nicht mehr so geplant werden, unterstreicht sie.

Bei ihrem „Faktencheck“ führt sie die Stauproblematik morgens und abends in Zeiten des Berufsverkehrs mit jeweils einer Stunde an, über weite Teile des Tages laufe der Verkehr gut. Es gelte, die Stauproblematik mit innovativen Verkehrskonzepten zu lösen, hier müsse man ansetzen. Man könne auf Fahrradverkehr setzen. Ein dramatisches Problem stelle die Straßenbahnlinie 5 dar, die vor allem morgens nicht zuverlässig verkehre und es zu Verspätungen bis zu 20 Minuten komme. Hier müsse man ansetzen, um die Staus entschärfen zu können. Die weitere Rheinbrücke würde vielleicht zu Beginn diese Problematik etwas auflösen, perspektivisch werde sie aber wie ein Magnet Verkehr anziehen. Es werde Fernverkehr vom Süden Europas, der in den Osten geht, angezogen. So solle von Bundesebene her eine ganz leistungsfähige Trasse geschaffen werden. Für Karlsruhe bedeute dies, dass es von Verkehr überschwemmt werde und vor allem Neureut bekomme hier ein massives Desaster, sagt sie drastisch.

Es gehe nicht um eine morgendliche Stauproblematik auf der Rheinbrücke - sondern das Bundesministerium für Verkehr spreche bei einer Kostenübernahme für die Rheinbrücke von einer prognostizierten gestiegenen „Fernverkehrsrelevanz“, gibt sie bekannt. Was dies für Karlsruhe und Neureut bedeute, macht Dr. Stephanie Hugenschmidt an neu aufgelegten Zahlen von Modus Consult deutlich. Diese zeigten für Welschneureut mit oder ohne Anbindung an die B 36 Zahlen auf, die nicht hinnehmbar seien. Demnach bedeute dies für Neureut mit einer Anbindung an die B 36 eine Verdopplung des Verkehrs auf der Welschneureuter Straße. Dies könne man aus Neureuter Sicht nicht befürworten oder wollen. Deshalb werden jetzt bereits Rufe nach weiteren, effizienteren Straßen hörbar, um den Verkehr abzuwenden. Sie zielen ab auf eine mögliche Nordtangente, um den Verkehr über eine zweite Rheinbrücke, der dann Karlsruhe und Neureut überschwemme, beherrschbar zu machen, was im Grunde der Einstieg in eine Nordtangente sei, so Dr. Stephanie Hugenschmidt..

Deshalb könne man, so meinen die Grünen, aus Sicht Karlsruhes und Neureuts nicht einer weiteren Rheinbrücke und einer Anbindung an die B 36 zustimmen, um die morgendliche, stündliche Verkehrsproblematik auf der Rheinbrücke zu entschärfen.

Antragsteller **Ortschaftsrat Klaus Bluck (fraktionslos)** betont ebenso, eine zusätzliche Rheinbrücke löse keine Stauproblematik. Die bestehende Rheinbrücke sei auch nicht das Stauproblem sondern die Verkehrssysteme davor und danach. Bluck führt beispielsweise den Knielinger Pförtner und auf Pfälzer Seite den Wörther Trog mit der Einmündung B 9 an. Die Einmündungs – bzw. Stauproblematik werde mit der neuen Brücke nach Karlsruhe verlagert. Dies belegten auch die Zahlen der

Fachleute. Wenn der Anschluss der Brücke an die B 36 geführt werde, habe man das Problem direkt vor Neureut. Der Anschluss an die B 36 werde der Einstieg in die Nordtangente, schließt sich auch Klaus Bluck den Befürchtungen an und für Neureut ein Desaster. Erschwerend komme hinzu, dass die Verkehrsprognosen in der Region eher stagnierend seien, in Zukunft werde dagegen der Fern – und LKW-Verkehr zunehmen. Damit werde dieser Verkehr durch Neureut auch drastisch zunehmen. Dies könne man mit Sicherheit nicht verkraften, da man bereits heute schon Probleme habe. Zudem betreffe dies nicht nur die Welschneureuter Straße, Klammweg, Straße Am Wald sondern auch die Neureuter Hauptstraße, Mitteltorstraße etc., was die Zahlen der Fachleute belegten, so Ortschaftsrat Klaus Bluck.

Traurig sei auch die Tatsache, dass durch den Neubau der Brücke der durch die EU finanzierte Radweg unterbrochen werde. Bei der zusätzlichen Rheinbrücke sei kein Radweg vorgesehen und dies lasse sich auch nicht nachrüsten.

Die gesamte Planung habe viele Schwachpunkte und die Stadt Karlsruhe gehe dagegen vor, was er unterstütze. Er hoffe, dass die Stadt Erfolg habe! Ein leistungsfähiger Rheinübergang bei Karlsruhe könne auch mit einer Ersatzbrücke möglich sein, beendet Klaus Bluck seine Stellungnahme.

CDU-Ortschaftsrat Detlef Hofmann meint dagegen, da beim Ortschafts- bzw. Gemeinderat alle keine Planer und Fachleute seien, sie sich darauf verlassen müssten, was sie gesagt bekommen – und da bekomme man Verschiedenes zu hören. Bei allen unterschiedlichen politischen Meinungen, die er akzeptiere und respektiere, sei nur die Frage, ob man schon im Vorfeld gegen etwas klagen müsse, um zu zeigen, dass es so gar nicht gehen dürfe.

Man sei auf einem guten Weg, deshalb habe seine Fraktion auch den interfraktionellen Antrag unterstützt, um zu sehen, welche Belastungen auf Neureut zukommen. Denn er stimme mit vielen überein, dass es so nicht gehen könne. Dabei erinnert er auch, dass für seine Fraktion eine oberirdische Nordtangente in Neureut niemals im Gespräch gewesen sei. Jeder wisse auch, dass die Nordtangente mittlerweile Geschichte sei. Zumindest die alte Trassenführung sei zum Großteil aus dem Bundesverkehrswegeplan genommen worden. Was man jedoch völlig vergesse sei, dass Karlsruhe auch Oberzentrum ist. Die Industrie mit den angesiedelten Firmen sowie die IHK rufen händeringend nach einer zweiten Rheinbrücke.

Er sei relativ zuversichtlich, wenn im nächsten Jahr die Brücke saniert werde, dass der Aufschrei dann noch größer werde und zwar von beiden Seiten. Dann werde man sehen, ob es richtig war, entsprechend lange zu warten und nichts zu tun.

Und er fordert, man müsse dagegen schnellst möglich Bedingungen schaffen, die für alle erträglich sind, insbesondere für Neureut. Es könne definitiv nicht sein, dass Neureut den ganzen Mehrverkehr aufnehmen müsse, der prognostiziert wurde, jedoch gebe es auch hierzu verschiedene Untersuchungen. Es sei jedoch der falsche Weg, wie dies auch die CDU-Gemeinderatsfraktion sagte, im Vorfeld zu klagen, untermauert er.

Die CDU-Ortschaftsratsfraktion werde deshalb im Großteil der Klage nicht zustimmen, betont Detlef Hofmann abschließend.

Für die **FDP** sagt deren **Vorsitzender Dieter König**, seine Fraktion stehe zur zweiten Rheinbrücke, obgleich sie es sich gewünscht hätte, dass die zweite Rheinbrücke weiter nördlich auf Höhe Jockgrim gebaut würde. Nun sei der Standort mit dem Planfeststellungsbeschluss vom Regierungspräsidium Karlsruhe sozusagen „zementiert“ worden - allerdings ohne eine klare Aussage zum Anschluss der zweiten Rheinbrücke an die B 36. Dem Antrag der SPD- und Grünen Fraktion könne seine Fraktion nicht zustimmen, da der Antrag mit der Begründung nicht dem Beschlussantrag an den Gemeinderat entspreche, ja z.T. sogar widerspreche. Dies begründet er auch. Der erste Widerspruch sei - und er zitiert die Begründung der SPD/Grünen Fraktion: Zudem spricht sich der Neureuter Ortschaftsrat gegen die laut Planfeststellungsbeschluss zwingend voranzutreibende Planung einer Anbindung an die B36 aus. Anschließend gibt er die Beschlussvorlage an den Gemeinderat im Wortlaut wieder und analysiert dazu: „Genau das hat auch der Oberbürgermeister Frank Mentrup gemeint, als er sagte: Es ist falsch, die geplante Brücke zu bauen, ohne zugleich den Anschluss an die B 36 zu planen. Die FDP sage dazu, zeitgleich planen und zeitgleich bauen!

Der zweite Punkt ist die Ersatzbrücke. Hier stehe im SPD/ Grünen Antrag sinngemäß, die Ersatzbrücke wurde nicht hinreichend in die Abwägung mit einbezogen, zudem wurde sie unzutreffend bewertet. Hierzu wurde in der Gemeinderatsvorlage bemerkt, dass die im Planfeststellungsbeschluss aufgeführten Schwierigkeiten vom Tiefbauamt durchaus nachvollziehbar sind. Konkret habe das von der Stadt beauftragte Büro WIRSING in seinem Gutachten festgestellt

Nun könne man natürlich fragen, so König weiter, warum hat die FDP Gemeinderatsfraktion für die Klage gestimmt? Dazu zitiert er den FDP-Stadtrat

Thomas Hock:wir stehen zu 100 % für den Bau einer zweiten Rheinbrücke und weiterwir haben einen Beschluss im Gemeinderat herbeigeführt (- übrigens mit Stimmen der SPD GR-Fraktion –) dass eine zweite Rheinbrücke nur gebaut werden darf, wenn sie auch gleichzeitig an die B 36 angeschlossen wird. Abschließend sagte Fraktionsvorsitzender Dieter König, seine Fraktion wolle keinesfalls einen zusätzlichen Durchgangsverkehr in der Welschneureuter Straße oder im Klammweg. Das müsse mit allen technischen Mitteln möglicherweise auch zwangsweise verhindert werden. Man habe einen Planungsvorlauf von einigen Jahren, vermutlich ein Jahrzehnt, um die für die Bürger beste Lösung auszuarbeiten, für die Verkehrsplaner sicher eine große, aber äußerst wichtige Herausforderung. Eines sei auch klar, denn bis die Brücke und die Anbindung gebaut werden kann, fahre man vorher autonom, schon da sehe König eine technische Lösung der Umfahrung von Neureut.

Aktuell ergänzte König seine Ausführungen noch mit der heutigen Meldung von einem Schiffsunfall auf dem Rhein, wo die Rheinbrücke fast gerammt wurde.

Abschließend zur Diskussion dankt der Vorsitzende für die Disziplin, dass jeder Redende habe ausreden können – dies sei sehr vorteilhaft bei dieser sehr kontroversen Diskussion gewesen. Es sei bereits im Vorfeld klar gewesen, dass hier sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten werden und dies sei richtig so. Man sei sich einig gewesen, es mache wenig Sinn, den jeweils Anderen von seiner Auffassung überzeugen zu wollen, das sei vor allem nicht möglich, wenn nicht jemand am Tisch sitze, der die Fakten neutral darlegen und die verschiedenen Gutachten aufzeigen könne. Das werde, wie vereinbart, am 9. Januar in der Technischen Ausschusssitzung erfolgen, wenn die neutralen Experten anwesend sind und alle bisherigen Untersuchungen beleuchten werden. Dann sei Raum für Fragen und eine kontroverse Diskussion. Dabei soll auch festgelegt werden, wie bei der Thematik im Sinne von Neureut weiterverfahren werden solle.

Auf eine Wortmeldung von **Ortschaftsrätin Irene Moser** stellt **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu schließen. Darauf zieht Ortschaftsrätin Irene Moser ihren Beitrag zurück.

Mit 11 Jastimmen und 7 Nein-Stimmen kommt es zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Neureut befürwortet mehrheitlich die Entscheidung des Gemeinderates und des Oberbürgermeisters der Stadt Karlsruhe, Klage gegen den

Planfeststellungsbeschluss vom 15.09.2017 bezüglich einer weiteren Rheinbrücke einzulegen.

Zu Punkt 3 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

3.1 Der Vorsitzende informiert:

- Als Novum erfolgt die Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse:
hier nicht öffentliche Ortschaftsratssitzung am 05.12.2017
Die Stellenwiederbesetzung „Leiterin/Leiter des Hauptamtes“ bei der OV Neureut erfolgt mit **Frau Sarah Kiefer**.
- Jeder Fraktion wird ein farbiger Umschlag mit einem Schreiben einer Familie überreicht, die sich einen verkehrsberuhigten Bereich in einer Neureuter Straße wünscht.
- Es liegt eine Genehmigung der Unteren Jagdbehörde vor, Wildkaninchen mit Habicht/Falken im Bereich Neureut –Heide an Wochenenden bis ca. Ende März 18 zu bejagen.
- Alle Bekanntgaben werden den Mitgliedern des Ortschaftsrates morgen als pdf zugemailt.
- Über die Anfrage eines sehr zufriedenen Neureuter Bürgers, der sich, da er sich ein Elektroauto bestellt hat, hinsichtlich einer Ladestation für Elektroautos im Bereich Neureut erkundigt, ob sich der Ortschaftsrat hierüber bereits Gedanken gemacht habe.
- Wie bereits mitgeteilt, wird in der Sitzung am 30. Januar 2018 ein CDU-Antrag zu Hochwasserschäden, Rückstau etc. behandelt Dazu wird der Leiter des Tiefbauamts. Herr Kissel sowie Abteilungsleiter Herr Dörr anwesend sein. Dabei habe sich ergeben, dass das Tiefbauamt ein Schreiben von Anwohner aus der Heide – Wildpark – vorliegen habe, da es hier im tiefergelegten Teil immer wieder zu einer Problematik (Rückstau) komme. Dazu sei angefragt

worden, ob dies in der Sitzung mitbehandelt werde. Dies habe man abgelehnt. Nun soll eine separate Veranstaltung mit Ortschaftsrat und Bürgerverein Heide stattfinden, wo das Tiefbauamt speziell über dieses Thema referieren werde. Ein Termin und Veranstaltungsort wird dazu gesucht, danach wird zu der Veranstaltung eingeladen werden.

- in einem Brief der FASKA (Freie Schule Karlsruhe) wird mitgeteilt, dass der Schule nun ein Grundstück hinter REWE von der Volkswohnung zugesagt wurde. Nun wird dem Ortschaftsrat für seine Unterstützung, für die Gespräche und den Austausch gedankt.
- über ein Schreiben des Elternbeirats der Nordschule zur inakzeptablen Toilettensituation. Angedacht von ihm als Ortsvorsteher sei nun, etwas unkonventionelle Wege zu gehen, meint er im Hinblick auf die städtische Prioritätenliste, um in Zusammenhang mit den Jubiläen 125 Jahre Turngemeinde und Gesangverein Edelweiß etwas zu Wege zu bringen. Dies solle noch nicht öffentlich besprochen werden. Den Brief des Elternbeirates soll den Ortschaftsräten zur Verfügung gestellt werden.
- in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 9. Januar 2018 soll über den Zustand der Mitteltorstraße (Straßenschäden/Lärm etc.) informiert werden. Es liege ein Brief von Anwohnern aus der Mitteltorstraße zum Thema „Verkehrsberuhigung in Neureut“ vor, der an die Straßenverkehrsbehörde ging. In Kopie haben die Anwohner das Schreiben dem Ortsvorsteher überlassen.
- Es wird im Gewerbegebiet Gottesauer Feld eine Zwangsversteigerung eines Grundstücks zur Auflösung einer Erbengemeinschaft geben, die dieses beantragt habe.
- Die SPD-Stadtratsfraktion habe am 21.11.17 eine Anfrage getätigt, das Gebiet „Grüner Weg West“ als flächenhaftes Naturdenkmal und Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung wird den Ortschaftsräten zur Verfügung gestellt werden.

- 3.2 Rechnungsamtsleiter Axel Grether** gibt – wie in jedem Jahr – die Aufwandsentschädigung für die Geschäftsführung des Ortschaftsrates an die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden und Klaus Bluck aus.
- Zudem informiert er, dass für die Ortschaftsräte und Ortschaftsrätinnen 20 Bescheinigungen über Ehrenamtsaufwendungen zum Abholen bereithält.

Zu Punkt 4 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

- 4.1 Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** erinnert an die in dieser Woche in Neureut stattfindenden Sperrmüllsammlungen. Die CDU-Fraktion habe bereits vor Jahren einen Antrag gestellt, dass der Sperrmüll nur noch auf Abruf stattfinden solle. Dieses Thema solle wieder auf die Tagesordnung kommen und beraten werden.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

- 4.2 Ortschaftsrat Thomas Metzger** will auf eine Frage einer Anwohnerin in der Alten Kreisstraße wissen, wieso dort nicht Tempo 30 bestehe – hängt dies mit der dort verkehrenden Buslinie zusammen?

Antwort:

Die Vermutung ist richtig.

- 4.3 Fraktionsvorsitzender Dieter König** bittet darum bzw. fragt nach,
- a)
die erwähnten Briefe zu digitalisieren, einzuscannen und zu verschicken.
- b)
es gebe eine App in Karlsruhe mit dem Namen KA – Feedback, wo Verschmutzungen etc. gemeldet werden können. Er fragt nach, ob diese in Neureut genutzt werden könne oder soll bei entsprechenden Hinweisen direkt an die Ortsverwaltung gegangen werden?

Antworten:

zu a)

Dies wird zugesagt.

zu b)

Diese App kann gerne genutzt werden, da es nach Neureut gemeldet werde.

Dazu erläutert **Ortschaftsrätin Karin Heidke**, dass sie es versucht habe und die Meldung bekommen habe, dies werde telefonisch an die Ortsverwaltung Neureut weitergegeben. Nun fragt sie nach, ob sich hier eine Änderung ergeben habe?

Antwort:

Die Meldungen kommen teilweise schriftlich oder auch telefonisch an die Ortsverwaltung.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: